Der Bürgermeister wies darauf hin, dass nach den geltenden Vorschriften in Gesetzestexten für das Land Nordrhein-Westfalen die Abkürzung „NRW“ verwendet werden müsse. Nach kurzer Diskussion bestand Einvernehmen, die Präambeln von Satzungen entsprechend der ministeriellen Vorgabe anzupassen.

Herr Metz merkte im Hinblick auf die Diskussion in der Gebührenkommission an, dass aufgrund der veränderten Bestattungsformen und der steigenden Anzahl von Urnenbeisetzungen langfristig eine Verringerung des Flächenbedarfs und somit ein geringerer Pflegebedarf entstehen würde. Dies könne zu einer Gebührenreduzierung führen.

Der Bürgermeister sagte auf Nachfrage von Frau Jung eine Begehung der Friedhöfe im Frühjahr 2009 zu.